

Die Nationalversammlung.

2. Sitzung vom Montag, den 17. Februar, nachm. 2 Uhr.

An den Tischen für die Reichsregierung und die Vertreter der Einzelregierungen: Scheidemann, Erzberger, Roste, Dirich, Deime u. a. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 25 Minuten.

Reichsminister Erzberger: Ich wünsche den einzelnen Mitgliedern dieses Hauses nicht, daß sie in ihrem Leben die schweren Stunden durchleben müßten, wie es mir in Trier beschrieben war. Die Frage, kann ein Waffenstillstand mit diesen Bedingungen überhaupt angenommen werden, oder ist es besser, man fügt sich nicht dem Diktat von Marschall Foch, das war die Frage. Eine große technische Schwierigkeit stellte sich der raschen Beantwortung dadurch in den Weg, daß die Depeschen, die von mir alsbald am Freitag ab gegeben worden sind, auf bis jetzt unerklärliche Weise bis Samstag nachmittag nicht in den Händen der Regierung in Weimar und in Berlin gewesen sind. (Hört! Hört!) Ich verlangte infolgedessen von Marschall Foch eine Fristverlängerung von 24 Stunden.

Diese Fristverlängerung wurde abgelehnt mit dem Verfügen: Wenn bis Sonntag abend 8 Uhr der Waffenstillstand nicht verlängert sei, würde er (Foch) sofort seine Befehle an seine Truppen geben und der ganze Waffenstillstand am heutigen Vormittag 5 Uhr sein Ende erreichen. Gleichzeitig ließ er uns wissen, daß er nicht in der Lage sei, irgend etwas an den mit mitgeteilten Bedingungen zu ändern oder zu verbreitern, denn die Bedingungen seien festgesetzt von den Chefs der alliierten und assoziierten Regierungen, und sein Dolmetscheroffizier teilte ausdrücklich mit, daß auch Präsident Wilson ausdrücklich diese Bedingungen genehmigt habe. (Große Bewegung und Hört! Hört!) Dadurch war dem Tätigkeitsraum der Kommission eine enge Grenze gezogen.

Trotzdem haben wir versucht, eine Reihe von Änderungen durchzuführen. Von einer Ausnahme abgesehen, die sich auf eine anderweitige Abgrenzung gegenüber Polen bezieht, ist uns dies zu unserem lebhaftesten Bedauern nicht gelungen. Nach den mir am Freitag nachmittag überreichten Bedingungen und nach der Karte, die ich auf den Tisch des Hauses niederlegte, sollte das von uns zu räumende bzw. nicht zu überschreitende Gebiet im Süden, die Ober- und Unterungarische, ganz Oberschlesien umfassen. Ich habe sofort erklärt, daß auf der Grundlage dieser Vorschläge von den deutschen Unterhändlern nicht verhandelt werden könne, dann alle diese Gebiete seien nicht, wie Marschall Foch irrtümlich annahm, von den Polen besetzt. Es fand eine Aussprache der beiderseitigen militärischen Sachverständigen statt, die dazu geführt hat, daß sowohl der Regierdistrikt bei Bromberg nicht in das Gebiet eingezogen wird, als auch Oberschlesien aus dem Gebiete ausgeschaltet bleibt. Mehr war angesichts der Verhältnisse nicht zu erreichen. Die Forderung, daß die deutsche Stadt Birnbaum nicht von uns geräumt werden müsse, wurde abgelehnt, ebenso bezüglich Bentzen. Wir haben nur das Eine erreicht, daß der Bahnhof Bentzen von unseren Truppen nicht geräumt werden muß.

Die Alliierten haben ihrerseits die Verpflichtung übernommen, zu gewährleisten, daß auch die Polen sich strikte an die verabredete Linie halten sollen.

Die Bemerkungen, zum Schutze der Deutschen in allen diesen Gebieten Bestimmungen in den Waffenstillstands-Vertrag aufzunehmen, waren erfolglos. Foch hat nur in Aussicht gestellt, daß er sich bemühen werde, für eine Lösung der Frage in unserem Sinne in der interalliierten Kommission einzutreten. Er erklärte positiv, daß das ganze Abkommen in seinem ersten Artikel eine rein militärische Maßnahme darstelle und keinerlei politische Folgewirkungen nach sich ziehen könne, daß also auch durch die Abgrenzung dieser Gebiete in keiner Weise der Erledigung des 13. Punktes des Wilsonschen Programms vorgegriffen werden solle. Es bleibt den künftigen Verhandlungen überlassen, daß den von uns geräumten Gebieten ein genügender Schutz geleistet wird. Wichtig ist, daß nach den Versicherungen der Alliierten auch die Polen jede militärische Offensivbewegung gegen Deutschland einzustellen haben.

Artikel 2 enthält nur eine Verlängerung für eine unbefristete kurze Zeitdauer, wobei die Alliierten sich das Recht dreitägiger Kündigung vorbehalten haben. Mein Antrag, das Wort „kurze“ vor „Zeitdauer“ zu streichen, wurde von Marschall Foch abgelehnt. Auf meine weitere Frage, ob der Ausdruck gewählt worden sei, weil man hoffe, in kurzer Frist zu einem Präliminarfrieden zu kommen, antwortete Foch: „Ich denke, ich vermute es.“ Wie ich Ihnen mitteilen kann, wird in diesen Tagen in Paris über diese Frage eines Vorfriedens verhandelt werden. Die Verhandlungen in Spa haben sich in der letzten Zeit vielfach so zugespitzt, daß Vertreter der Alliierten verlangen, daß sie das alleinige ausschließliche Recht über die Auslegung der Verträge hätten. (Hört! Hört!) Angesichts dieser neuen Forderungen habe ich es für richtig gehalten, über diese Frage eine Klärung herbeizuführen. In längerer Debatte ist festgestellt worden, daß an dem bisherigen Verhältnis in Spa, wo wir in der Auslegung als Gleichberechtigte den Alliierten gegenüberstehen, nichts geändert werden soll und deshalb keine neuen Erschwerungen eintreten werden. Ich habe das Vertrauen,

daß Marschall Foch sein gegebenes Wort in Trier offen und loyal einhält.

Unsere Gegenanschläge will ich nicht in allen Einzelheiten mitteilen. Da Marschall Foch erklärte, nicht in der Lage zu sein, irgend eine wesentliche Änderung an dem Entwurf der Alliierten zu vollziehen, habe ich dem Marschall Foch eine Note mit

unseren deutschen Forderungen, die sich insbesondere auf die sofortige Freigabe der deutschen Kriegsgefangenen beziehen, überreicht, mit der Bitte, diese Note den alliierten Regierungen zu unterbreiten.

General Foch hat sich bereit erklärt, diese Note bereits heute dem Obersten Kriegsrat der Alliierten zur Beschlussfassung zu unterbreiten. Zu meinem Bedauern ist es nicht gelungen, irgend welche definitive Zusagen über die sofortige

Freigabe der deutschen Kriegsgefangenen zu erlangen. (Bewegung.) Die Antwort des Marschalls Foch ging dahin, daß die alliierten Regierungen einen Beschluß über die sofortige Freigabe unserer Gefangenen nicht herbeigeführt hätten, daß aber Frankreich bereit sei, 2000 franke und schwerverletzte Kriegsgefangene alsbald in die Heimat zu entlassen. (Unruhe.) Auch England würde 2000 nachsenden. Darauf erwiderte ich, daß diese Antwort in Deutschland mit tiefer Trauer und begründeter Enttäuschung aufgenommen werden würde. (Allseitige Zustimmung.) Die Vertreter der Alliierten drängten zum Abschluß des Abkommens. Auf meine Anfrage erhielt ich von der Regierung den Auftrag, das Abkommen zu unterzeichnen, aber vorher Marschall Foch folgende Erklärung zu übergeben: (Reichsminister Erzberger verliest die bereits veröffentlichte Protestnote der deutschen Regierung.) Diese deutsche Erklärung wurde vor der Unterzeichnung des Abkommens Marschall Foch übergeben und von ihm angenommen. Sie ist damit also nach unserem Standpunkt als ein Teil des neuen Waffenstillstandsabkommens anzusehen.

Das ist die wenig erfreuliche traurige Botschaft, die ich aus Trier mitzubringen habe. Die Welt weiß, daß Deutschland einen neuen Krieg nicht führen will und führen kann. Wenn man uns auch wehrlos machen kann, ehrlös darf man uns nicht machen. (Lebh. Zustimmung.)

Präsident Fehrenbach: Wir alle stehen unter dem Eindruck der Mitteilungen, die uns Minister Erzberger über die schmerzlichen Verhandlungen in Trier gemacht hat. Das ganze deutsche Volk ist kommen und seine Folgen erfüllt. (Allseitige Zustimmung.) Unter diesen Umständen wäre es wenig angebracht, wenn wir unmittelbar nach diesen überaus schmerzlichen Mitteilungen die allgemeine politische Aussprache vom Sonnabend fortsetzen würden, und ich schlage deshalb vor, für heute darauf zu verzichten. Auch der preussische Justizminister und der Kriegsminister, die sich zum Worte gemeldet haben, haben sich entschlossen, ihre Reden auf später zu verschieben.

Das Haus erklärt sich mit dem Vorschlag des Präsidenten einverstanden.

Präsident Fehrenbach schlägt vor, am Dienstag die Interpellation der Deutschen Volkspartei über die Waffenstillstandsverhandlungen zu erledigen und sie mit einer allgemeinen Aussprache über das neue Abkommen zu verbinden. Die Fortsetzung der Aussprache vom Sonnabend soll am Mittwoch erfolgen. Das Haus erklärt sich auch damit einverstanden.

Ein Sozialdemokrat über das Hauptquartier.

Gegenüber den vielen Anwürfen und Berühmungen, denen Generalfeldmarschall v. Hindenburg von radikaler Seite ausgesetzt ist, hat jetzt endlich ein Sozialdemokrat im „Vorwärts“ den Mut gefunden, den großen schlichten Menschen wider einige der haarsträubendsten Verleumdungen in Schutz zu nehmen. Der Kolberger Wilhelm Solmann kann dieses Verdienst für sich buchen. Er schreibt in einem Artikel „Im großen Hauptquartier“ u. a. folgendes: „Hindenburg soll sich, wie die „Freiheit“ verkündet, einen militärischen Stützpunkt für die monarchische Gegenrevolution schaffen wollen. Bilettlich darf ich mir als sozialdemokratischer Hochposten bei der D. S. L. dazu einige bescheidene Bemerkungen erlauben. Nach meinen aus zahlreichen Gesprächen, Konferenzen, Beobachtungen und Tatsachen gezogenen Schlüssen ist im Hauptquartier niemand so geistesfähig, um sich zur Zeit mit gegenrevolutionären Stützpunkten abzugeben. Ich sage „zurzeit“ nur deshalb, weil man bei den partaisischen Tollheiten nicht auf Monate und Jahre hinaus voraussehen kann, mit wieviel Aussicht auf Erfolg von unten her die Gegenrevolution von oben gefördert werden mag.

Folgte aber einst auf Spartakus der militärische Diktator, Hindenburg würde es gewiß nicht sein. Dieser Mann von 70 Jahren oder mehr ist ein Pflichtmann, ein Soldat, der mit eisernem Willen und unbedingter Treue auf einem Posten ausharrt, den er für notwendig hält. Er ist aber sicher nicht das, was Scheidemann längst, als er von Hindenburg sprach, einen „Hazardeur“ genannt hat, und ohne eine gewisse Lust am Hazardieren läßt sich in Deutschland weder von oben noch von unten eine Gegenrevolution einleiten.

Und wenn man mich für einen vertrauensvollen Dummkopf hält, so bekenne ich doch: das Besen Hindenburgs atmet Ehrlichkeit und Ehrlichkeit. Er mag unter gewissen Voraussetzungen politisch mißbraucht werden können, obwohl mir das zweifelhaft ist, aber ihm selbst fehlt der große Zug des politischen Führers. Ehrlich bekennt er sich zum Monarchismus, verschweigt nicht, daß ihm die jetzigen Zustände in der Armee nicht passen, verheißt nicht, daß er wieder Disziplin in die Mannschaften bringen will, und hält nicht als Geheimnis, daß er die Soldatenräte in ihrer revolutionären Form nicht als eine begriffswerte Errungenschaft ansieht. Im übrigen sagt er, daß er geglaubt habe, schon nach der Heimkehr der Westarmee sein Kommando niederlegen zu können. Er liebt nur, weil er das Vaterland im Osten für bedroht halte. Und das scheint glaubhaft. Wer die große Schwäche unserer sogenannten „Front“ wirklich kennt, wird nur lächeln

...wenn die Revolution, daß von ...
...wunder ...
...General Solmann. Man ...
...letztendlich auch von diesem Sozialdemokraten nicht ...
...lassen, denn sie brauchen „die Gefahr ...
...Revolution“, um weiter im Traben sitzen ...
...können.

Hindenburg tritt für Hindenburg ein.
Hindenburg hat ein Schreiben an den Ministerpräsidenten Scheidemann gerichtet, dem er Bezug nimmt auf die von Scheidemann in der Nationalversammlung gegebene Äußerung bezüglich des Generals Hindenburg und in welchem er diese Äußerung als unangenehm empfand. Der General Hindenburg an Scheidemann ist durch Flugpost Weimar eingetroffen.

Scheidemann hatte in jener Rede Hindenburg den „Hazardeur des Weltkrieges“ bezeichnet.

Hindenburgs Dank an die Freiwilligen.

Hindenburg hat den Truppen die in der Gegend von Jülich operieren, folgenden Telegramm zugehen lassen:

„Bitte dem Jülicher-Regiment Nr. 38 und dem 1. Infanterie-Regiment Nr. 10, den Freiwilligenverbänden der 5. Infanterie-Division sowie dem dritten Bataillon Infanterie-Regiments Nr. 46 für den erfolgreichen Angriff südlich Bentzen meine volle Anerkennung auszusprechen.“

Pichon über die Deutsche Republik.

Der französische Minister des Auswärtigen, Pichon, hat die Vertreter der auswärtigen Regierungen empfangen und ihnen eine lange Erklärung abgegeben. Er sprach über Deutschland und erklärte die „Weimarer Ereignisse“ seien ernst. Die Alliierten müßten angesichts der Haltung Deutschlands Maßnahmen ergreifen, um Deutschland zu verhaften. Er gab an, daß es besieg sei. Deutschland spreche als ob es keine Verbrechen begangen habe, die Sühne verlangen, und als ob die Alliierten sich nicht der Notwendigkeit befänden, Maßnahmen zu ergreifen, damit Deutschland keine neuen Angriffe mehr unternähme! Deutschland spekuliere auf die Uneinigkeit der Alliierten. Die letzten Pariser Beratungen bewiesen aber, daß Deutschland sich täusche. Wenn Maßnahmenverschiedenheiten über die Methode bestanden, so sei man sich doch stets über das Ziel einig gewesen.

Ueber Elsaß-Lothringen erklärte Pichon Wilson habe bestimmt, daß Frankreich ein Anrecht darauf habe, daß das 1870 begangene Unrecht wieder gut gemacht werde. Deutschland habe 1870 die Volksabstimmung veranlaßt. Aus den allgemeinen Wahlen, die in einigen Monaten in Elsaß-Lothringen wie in ganz Frankreich stattfinden werden, wird die Volksabstimmung hervorgehen, und die Elsaß-Lothringer könnten bekunden, für welches Land sie entschließen. „Ich bin überzeugt“, sagte Pichon, „daß kein einziger Protestler in unser Parlament einlegen wird.“

Die Frage des Anschlusses Österreichs an Deutschland sei auf der Konferenz noch nicht erwogen worden, Frankreich sei gegen den Anschluß, es sei möglich, daß andere alliierte Regierungen anders denken. Pichon kündigte dann an, daß die französische Regierung keine Schwierigkeiten machen werde, um die deutsche Regierung und den in Weimar erwählten Präsidenten der Deutschen Republik anzuerkennen, denn sie seien regulär durch allgemeine Wahlen eingesetzt worden. Bezüglich der Hindernisse erklärte Pichon, sie seien so zahlreich, daß er sie nicht nennen wolle.

Der Generalstreik im Ruhrrevier.

Für den gesamten Ruhrkohlenbezirk ist der Generalstreik proklamiert worden. In Mülheim fand eine Konferenz der drei sozialistischen Parteilinien statt, an der auch die U. und S. teilnahmen, die sich für den Generalstreik auf fünf Millionen Bechen und größeren Fabrikbetrieben des Ruhrreviers aussprachen.

Der äußere Anlaß

Dieser Streikbewegung ist das Einrücken der Regierungstruppen in den Bereich des 7. Armeekorps. Die tiefere Ursache jedoch ist in der Frage der sofortigen Sozialisierung zu sehen. Die Streikbewegung setzte Montag früh ein. Im Bochumer Bezirk streikten zunächst die Belegschaft der Werke „Karolinenhütte“. Die streikenden Bergarbeiter zogen darauf zur „Präsident“, wo sie die Bergleute zwangen, auszufahren und sich der Bewegung anzuschließen, worauf sie einen Umzug durch die Stadt unternahmen. In Rathaus, die städtische sowie die Amtsparkasse wie ein Teil der Privatbanken schlossen sofort ihre Türen.

In den Vormittagsstunden fuhr ein Automobil mit bewaffneten Spartakisten aus Düsseldorf bei Bochumer U. und S. Rat vor und verhandelte mit ihm, wie man sagt, darüber, welche Stellung U. und S. Rat der neuen Bewegung gegenüber einnimmt. Gegen Mittag hatten sich auf dem Rath Friedrich-Platz in Bochum (Bochum ist als Zentrum für die Streikbewegung vorgezogen, da hier das Zentralstreikbüro eingerichtet wurde) die streikenden Bergleute eingefunden, denen die Mülheimer Beschlüsse bekannt gegeben wurden. Scharfer Protest wurde

gegen die Regierung Ebert-Scheidemann erhoben und verlangt, daß das Rathaus, die Post und das Telegraphenamt sowie die Zeitungen beschlagnahmt werden sollten.

In den nächsten Stunden griff die Streikbewegung immer weiter um sich. Nachmittags sammelten sich Tausende von Bergleuten und Bäckern aber

Der ...
...freier ...
...Hofort ...
...aus dem ...
...mandierend ...
...ter und ...
...der Reime ...
...errates ...
...fordert, ...
...berweigern ...
...den, keine ...
...zuführen ...
...ammlung ...
...sich sehr ...
...würden je ...
...Bewegung ...
...nahme die ...
...Hindenburg ...
...lung im ...
...tage im ...
...im ...
...folgend ...
...An ...
...wortliche ...
...zu wüsten ...
...zu zwingen ...
...es ohne ...
...durch ein ...
...und un ...
...Arbeiter ...
...sein. „Un ...
...Arbeiter ...
...schieden ...
...lung zu ...
...Aufträge ...
...schaften ...
...nahmen ...
...nung zu ...
...Vergeben ...
...nen.“ ...
...An ...
...die G ...
...die Reich ...
...Augen ...
...e ...
...einen ...
...s ...
...Aufre ...
...stand der ...
...aufste ...
...rohen ...
...ist es ...
...ing n ...
...Industrie ...
...schbarer ...
...sind ...
...Welche ...
...Industrie ...
...werden die ...
...Trotz ...
...erte zu ...
...in ...
...Ruhrrev ...
...ienstag ...
...eitere ...
...Trie ...
...In ...
...erren ...
...zusammen ...
...ote und ...
...gefallen ...
...er Spar ...
...überdem ...
...Auch ...
...ne seither ...
...glatt ...
...erfolge ...
...Zwis ...
...Die ...
...Der ...
...in Paris ...
...Reich ...
...Beschl ...
...Frieden ...
...oll der ...
...Transport ...
...Europa ...
...für die ...
...ort von ...
...W ...
...in ...
...inen ...
...in erster ...
...emacht ...
...ommt ...
...Bruch ...
...ands in ...
...Prälim ...
...nachgre ...
...en ist ...
...Ber ...
...ndgültig ...
...Flotte ...
...Aller ...
...mlagen ...
...für den ...
...ur eine ...
...wollt ...
...Ange ...
...Aus